

Dr.-Ing. Detlef Ahlborn – Vor dem Scheuerchen 17 – 37242 Großalmerode
Dr. Oec. Karl-Heinz Glandorf – Manfred-Kyber-Straße 5 – 74544 Michelbach

An

Frau Anke Rehlinger

Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit, Energie und Verkehr
des Saarlands

Franz-Josef-Röder-Straße 17
66119 Saarbrücken

Gravierende Fehler auf Ihren Informationsseiten zur Windkraft

Berlin, 19. Februar 2015

Sehr geehrte Frau Ministerin Rehlinger,

auf den Internetseiten Ihres Ministeriums veröffentlichen Sie seit einigen Wochen unter der Adresse <http://www.saarland.de/123363.htm> Informationen zum Ausbau der Windkraft im Saarland.

Mit dieser Internetseite möchten Sie nach eigenem Bekunden die Diskussionen versachlichen und Konflikte im Zusammenhang mit dem geplanten Windkraftausbau minimieren. Beides – sachorientierte Diskussion und Konfliktvermeidung – halten wir für wichtige Ziele, denen wir uns ebenfalls verpflichtet fühlen.

Leider werden Sie mit den bereitgestellten Informationen keine Versachlichung erreichen, denn die Informationen sind weitgehend falsch bzw. verzerrend.

Leider verweisen Sie am Ende dieser mit Steuermitteln finanzierten Zusammenstellung auf den Bundesverband Windenergie als einzige weiterführende Informationsquelle.

In der Gesamtschau ergibt sich der Eindruck, als solle eine bestimmte Sicht gefördert, dem finanziellen Interesse der Windkraftbranche der Weg geebnet und einem gefassten politischen Beschluss nachträglich Ratio und Legitimität verliehen werden.

Um Sie vor dem Vorwurf des Missbrauchs von Steuergeldern für propagandistische Zwecke zu bewahren und Sie Ihrem Ziel einer sachlichen Information näher zu bringen, möchten wir Sie auf einige Passagen aufmerksam machen, die im Sinne der Objektivität zwingend korrekturbedürftig sind.

Sie schreiben:

1. Was ist die Energiewende?

Energiewende ist die Realisierung einer nachhaltigen Energieversorgung in den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität mit Effizienztechnologien und Erneuerbaren Energien. Zum einen soll der Ausstieg aus der Kernkraftenergie kompensiert werden. Zum zweiten mindert die Energiewende gleichzeitig die Importabhängigkeit Deutschlands von Öl und Gas. Drittens werden der Ausstoß an CO₂ zunehmend durch den Ersatz fossiler Brennstoffe deutlich verringert und damit wesentliche und notwendige Beiträge zum Klimaschutz generiert. Auf Dauer ist die Energiewende auch kostengünstiger. So kostet die Herstellung von Windstrom heute bereits weniger als 9 Ct/kWh, wogegen die Stromerzeugung aus neuen Kernkraftwerken z.B. in Großbritannien oder Finnland mit 11 – 13 Ct/ kWh veranschlagt wird.

Richtig ist:

Dass der Kernenergieausstieg kompensiert werden soll, trifft zu. Tatsächlich können die von Ihnen als besonders wichtig dargestellten Windkraftanlagen jedoch auch zu Zigtausenden kein einziges Kernkraftwerk ersetzen. Faktisch tun sie es auch nicht. Faktisch wird fehlender Kernenergiestrom durch Strom aus Braunkohle und ausländische Kernenergie ersetzt. Im letzten Jahr importierte Deutschland 4,1 Terawattstunden (TWh) Strom aus Frankreich und 7,7 TWh aus Tschechien. Wegen der deutschen „Energiewende“ bleibt das französische Uralt-Kernkraftwerk Fessenheim am Netz.ⁱ

Die von Ihnen propagierten Maßnahmen tragen also dazu bei, der Kernenergie eine Renaissance zu beschern und unsere Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen (Kernenergie aus Frankreich, Kohlestrom aus Tschechien, Gas aus Russland) zu erhöhen. Der Indikativ „mindert...die Importabhängigkeit“ ist somit erwiesenermaßen falsch.

Gleiches gilt für den CO₂-Ausstoß. „Werden“ ist hier nicht nur fälschlich im Plural, sondern ebenso fälschlich im Indikativ. Faktisch wird der CO₂-Ausstoß durch die Energiewende nicht reduziert. Wunschdenken und Wirklichkeit derart zu vermischen, ist unseriös.

Unseriös ist es ebenfalls, der saarländischen Bevölkerung zu suggerieren, dass der Windkraftausbau im Saarland einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Dass dies definitiv nicht der Fall ist, ist mindestens vierfach belegt:

Erstens ist es – ohne das Saarland geringschätzen zu wollen – allein aufgrund der Dimensionen völlig ausgeschlossen, dass von dort aus ein messbarer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden kann. Das Saarland steht für (größenordnungsmäßig) rund 0,14 Prozent der globalen CO₂-Emissionen. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil rund 0,1 Prozent betragen – völlig unabhängig davon, was im Saarland energiepolitisch geschieht. Nämlich allein deshalb, weil die Emissionen der bedeutendsten Emittenten stetig wachsen. Hörte das Saarland morgen auf zu existieren, so wäre dieser maximale Klimaschutzbeitrag nach weniger als drei Wochen allein durch die Zuwächse in China vollständig kompensiert. Zu behaupten, saarländische Beiträge seien „wichtig“, ist im wahrsten Sinne des Wortes vermessen.

Zweitens sind durch Windkraftwerke im Saarland de facto keine CO₂-Einsparungen möglich, da Windkraftanlagen stets der Absicherung durch grundlastfähige Kraftwerke bedürfen und jene in einen energetisch ineffizienten Betriebsmodus zwingen.

Der Energiewende-Vordenker Patrick Graichen konzidierte dies unlängst. Genau jenen „[schmutzigen Irrtum](#)“ (so der Titel des entsprechenden ZEIT-Artikels vom 4.12.2014) zementieren Sie mit diesen Ausführungen.

Drittens ist zu berücksichtigen, dass die CO₂-Emissionen in Europa seit 2004 im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems gedeckelt sind und etwaige durch Windkraftanlagen erzielte Minderungen 1:1 durch Mehremissionen andernorts ausgeglichen werden. Wie unzählige Wissenschaftler und zuletzt die Bundestags-Expertenkommission Forschung und Innovation feststellten, bringt Ihre Politik nichts für den Klimaschutz, sondern macht diesen nur deutlich teurer.

Viertens muss berücksichtigt werden, dass die von Ihnen geplanten Anlagen größtenteils in Wäldern errichtet werden. Jeder einzelne Baum, der dafür gefällt wird, dreht die „Klimaschutz“-Bilanz Ihrer Politik ins Negative: Wald ist mit rund 10 Tonnen pro Jahr und Hektar unser bedeutendster Kohlenstoffspeicher und erfüllt darüber hinaus wichtige weitere ökologische Funktionen. Diese Schutzfunktionen (Trinkwasser, Erosion, Mikroklima...) werden vor dem Hintergrund eines Klimawandels besonders relevant. Walderhalt ist somit oberstes Gebot jeder ernstgemeinten „Klimapolitik“.

Sie stellen also rein hypothetische, faktisch vollkommen ausgeschlossene Klimaschutzwirkungen voll in Rechnung und blenden tatsächliche ökologische Wirkungen Ihrer Politik vollkommen aus – das ist das Gegenteil von Versachlichung.

Dieses Muster setzt sich bei Ihren Aussagen zur „Wirtschaftlichkeit“ von Windkraftanlagen fort.

Sie schreiben:

3. Wie groß sind ökonomischer und regionalwirtschaftlicher Nutzen von Windkraftanlagen?

Mit Investitionen in Windkraftanlagen sind Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verbunden. Kommunen profitieren zusätzlich durch Einnahmen über die Gewerbesteuer. Außerdem sind weitere Erträge möglich, wenn Kommunen selbst Windkraftanlagen errichten und betreiben, sich an solchen beteiligen oder durch die Veräußerung oder Verpachtung gemeindlicher Grundstücke an den Betreiber profitieren. Aus den Erträgen können die Kommunen Projekte zugunsten der Allgemeinheit finanzieren wie zum Beispiel die Sanierung von Schulen, Kindergärten oder Sporthallen.

Beteiligen sich Bürgerinnen und Bürger wohnortnah an der Finanzierung von Windkraftanlagen und werden regionale Unternehmen zu Bau und Betrieb der Anlagen herangezogen, entsteht zusätzliche lokale Wertschöpfung zum Wohl der jeweiligen Gemeinden

Richtig ist:

Wertschöpfung meint üblicherweise den im Produktionsprozess generierten Wertzuwachs, also die Differenz zwischen den Produktionskosten eines Gutes und dem Wert, den die Konsumenten dem Gut beimessen. Ein PKW ist im Verkaufsraum beispielsweise mehr wert, als es die Summe seiner Einzelteile vor dem Zusammenbau waren. Und die Kunden messen diesem nagelneuen PKW einen höheren Wert bei, als die Produktion kostete.

Dieser volkswirtschaftliche Gewinn aus der Produktionstätigkeit wird – je nach Angebots- und Nachfragestruktur – zwischen den Produzenten und Konsumenten aufgeteilt. Das Entscheidende ist: Es verbleibt ein Wertzuwachs.

Genau das ist bei Strom aus Windkraftanlagen nicht der Fall.

Über das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) werden alle Stromverbraucher gezwungen, für Windstrom einen gesetzlich festgelegten Preis zu bezahlen. In der Summe belaufen sich die Produktionskosten somit auf über vier Milliarden Euro pro Jahr. Dieser Strom war regelmäßig weniger als die Hälfte dessen wert, was seine Herstellung kostete. Die „Wertschöpfung“ ist negativ; die Wertvernichtung nimmt mit jeder weiteren Windkraftanlage zu.

Natürlich können auf Seiten von Landverpächtern und geschickt investierenden Kommunen finanzielle Einnahmen aus diesem Subventionstopf anfallen.ⁱⁱⁱ Unter dem Strich – in volkswirtschaftlicher Perspektive – ist der Windkraftausbau jedoch ein stetig größer werdendes Verlustgeschäft, sprich: Vernichtung von Volksvermögen.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung befindetet dazu: *„Hier wird zu Lasten des Gemeinwohls das Motto >je mehr und je schneller, desto besser< verfolgt“.*^{iv}

So gesehen, sind Ihre Ausführungen zu den finanziellen Segnungen als Einladungen zur Teilnahme an einem gemeinwohlschädlichen Subventionswettbewerb zu verstehen.

Vor dem Hintergrund der Vernichtung von Volksvermögen und des Auslösens erheblicher systemischer Folgekosten (Regelenergie, Netzausbau etc.) ist die Behauptung, dass Ihre Pläne unter dem Strich Arbeitsplätze schaffen würden, als unzutreffend zu verwerfen. Faktisch erleben wir durch die „Energiewende“ bereits eine De-Industrialisierung unseres Landes – Wertschöpfungsketten drohen zu zerbrechen und die Basis für Wohlstand und Beschäftigung erodiert schleichend. Professor Axel Börsch-Supan vom Münchner Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften sprach davon, dass die Energiewende an Selbstmord grenze.

So gesehen, leisten Sie mit Ihrer Politik Beihilfe zum ökonomischen Suizid.

Sie schreiben:

2. Was bedeuten die Erneuerbaren Energien für die Energiewende?

Neben der Steigerung der Energieeffizienz ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien die wichtigste Säule der Energiewende. Bis zum Jahr 2025 sollen 40 bis 45 Prozent des Stroms in Deutschland aus Erneuerbaren Energien produziert werden, bis zum Jahr 2035 sollen es sogar 55 bis 60 Prozent sein.

Richtig ist:

Wenn man „Energiewende“ als Hinwendung zu einer ökologisch vorteilhafteren Energieversorgung versteht, dann ist der Ausbau der „Erneuerbaren Energien“ im Stromsektor – das, worauf Ihre Informationsseite zielt – dafür unerheblich.

Strom macht rund ein Fünftel des deutschen Energiebedarfs aus. 80 Prozent des Energiebedarfs werden bei diesem Wendemanöver also a priori ausgeblendet. Zusammen stehen die „Erneuerbaren“ dementsprechend für knapp 12 Prozent des Energiebedarfs, die Windkraft für 1,3 Prozent.^v Von einer wichtigen Säule kann nicht die Rede sein.

Auch wenn man - die ökologischen Schäden, die Verunstaltung der Landschaft, die Entwertung von Immobilien und die Gefährdung der menschlichen Gesundheit^{vi} vollkommen vernachlässigend – den radikalen Windkraftausbau weiterbetreibt, so werden Windkraftanlagen in der Gesamtbilanz dennoch eine vernachlässigbare Größe bleiben. Um allein ein Viertel des aktuellen Strombedarfs aus Windkraftanlagen zu decken, wären

– selbst unter der unrealistisch optimistischen Annahme, dass das Power-to-Gas-Verfahren flächendeckend etabliert ist, alle Netze perfekt ausgebaut sind und Kosten keine Rolle spielen –

57.000 Anlagen nötig. Dies bedeutet: Von Flensburg bis Berchtesgaden und von Aachen bis Görlitz hätten wir alle 7,3 km 10 Windkraftanlagen aufzustellen. Dass nach Abzug von Verkehrs-, Siedlungs-, und Ackerflächen für Menschen und Natur überhaupt keine Rückzugsräume mehr verblieben, dürfte klar sein.^{vii}

Selbst bei diesem radikalen Ausbauszenario wird die Windkraft nur ein Viertel von einem Fünftel, also 5 Prozent, zur gesamten Energieversorgung beitragen. Unsere Prognose: Diese „Säule der Energiewende“ wird an der Fünfprozenthürde scheitern.

Sie schreiben:

3. Welche Bedeutung hat die Windkraft für die saarländische Energiewende?

Die saarländische Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch auf 20 Prozent (aktuell unter 10 Prozent) zu erhöhen. Die Expertenforen des saarländischen Energiebeirates sehen in der Windkraft und der Sonnenenergie die Hauptsäulen für die saarländische Energiewende (vgl. Themenpapier "Ausbau Erneuerbare Energien und Speicher" <http://www.saarland.de/108323.htm>). Ende 2013 waren im Saarland rund 150 MW Windenergieanlagen installiert. Für das Ausbauziel werden bis 2020 bis zu 600 MW gebraucht. Auch aus Netzausbaugründen ist es sinnvoll, nicht nur in Norddeutschland Windkraftanlagen zu errichten, sondern auch möglichst nahe an den Verbrauchsschwerpunkten wie dem Saarland mit seiner energieintensiven Industrie und hoher Bevölkerungsdichte. Auch lassen sich so regionale Schwankungen besser ausgleichen.

Richtig ist:

Dass der Ausbau von Windkraftanlagen zur Erreichung Ihres Ziels, Windkraftanlagen auszubauen, unerlässlich ist, ist eine Tautologie. Den Bürgern, die diese Verlautbarung bezahlen, bringt dies keine Erkenntnisse. Die Behauptung, dass der Netzausbaubedarf geringer wird, wenn man Windkraftanlagen nach dem Gießkannenprinzip verteilt, wird eventuell richtig, wenn man sie ins Gegenteil verkehrt.^{viii} Pauschale Aussagen sind diesbezüglich in jedem Fall falsch.

Ebenso unzutreffend ist Ihre Behauptung, regionale Schwankungen würden sich durch den Ausbau ausgleichen lassen: Normale Hoch- und Tiefdruckgebiete sind praktisch immer größer als Deutschland. Diese simple Tatsache hat zur Folge, dass Überproduktion aus Windstrom immer im ganzen Land auftritt. Das Gleiche gilt für Strommangel bei Windstille. Ein Zubau von Windkraftanlagen bewirkt mit der schlichten Strenge mathematischer Sätze eine Verschärfung der Überproduktion von Strom, der dann gegen eine Entsorgungsgebühr im Ausland verklappt wird. Der bereits erwähnte AGORA-Chef Patrick Graichen hat kürzlich richtig erkannt, dass ein Viertel der deutschen Stromproduktion sehr bald „Energemüll“ sein wird, den niemand mehr abnehmen kann.

Sie schreiben:

Die zweite Säule im Ausbau der regenerativen Stromerzeugung im Saarland stellt mit rund 360 MW Leistungsspitze (Ende 2013) die Solarenergie dar. Sie ergänzt sich recht gut mit der Windenergie, da an guten Sonnentagen in der Regel wenig Wind weht und umgekehrt.

Richtig ist:

Dass sich Wind und Sonne gut ergänzen, ist eine immer wieder zu lesen- und hörende falsche Behauptung, die durch Wiederholung nicht richtiger und durch jede windstille Nacht regelmäßig widerlegt wird.

Die summarische Leistung aus Wind- und Sonnenenergie lag im Jahr 2012 an 90 Tagen (3 Monate) unter 3200 MW (entsprechend 5% der installierten Leistung) und an 180 Tagen (6 Monate) unter 6550 MW (entsprechend 10% der installierten Leistung). Für die Dauer eines halben Jahres steht also der Mix aus Solar- und Windenergie mit einem Zehntel der installierten Produktionskapazität zur Verfügung. Offensichtlich ergänzen sich Wind- und Solarenergie gerade nicht! Ihre Behauptung, dass sich beide Energieformen „recht gut“ ergänzen, ist vor diesem Hintergrund als verwegen zu bezeichnen.

Sie schreiben:

Demgegenüber können Wasserkraft mit 17 MW installierter Leistung und einem Potenzial von rund 1 MW sowie Biomasse mit 10 MW gebauten Anlagen und einem mittelfristigen Ausbaupotenzial von weiteren 10 MW nicht das Rückgrat der Erneuerbaren Stromerzeugung im Saarland werden.

Geothermie hat im Saarland voraussichtlich keine Chance. Eine vom Land in 2011 in Auftrag gegebene Studie hat gezeigt, dass im Gegensatz zu wärmeren Untergründen (etwa im Oberrheingraben) im Saarland rund 1000 Meter tiefer gebohrt werden müsste. Das wäre für ein 5 MW Geothermiekraftwerk mit zusätzlichen Kosten von rund 10 Mio. Euro verbunden und macht eine solche Anlage unwirtschaftlich. Selbst an den besten Standorten in Deutschland wird für Tiefengeothermiestrom eine Förderung von 25 Cent/kWh benötigt, wohingegen Solarstrom lediglich mit 10 bis 13 Cent/kWh und Windstrom mit knapp 9 Cent/kWh vergütet werden muss, damit entsprechende Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können. Das ist ein wichtiger Aspekt, weil die Energiewende für alle bezahlbar bleiben muss.

Richtig ist:

Der Vergleich mit Geothermie ist ebenso wenig sachgerecht, wie der mit Kernkraftwerken. Die genannten sind grundsätzlich in der Lage, eine sichere Versorgung mit Strom zu gewährleisten; sie sind „grundlastfähig“. Windkraftanlagen sind dies grundsätzlich nicht. Der Vergleich von Äpfeln und Birnen erscheint einer Zwecklogik zu entspringen: Wenn man sich partout auf den Ausbau über das EEG geförderter Stromerzeugungsanlagen fixiert, dann sind Windkraftanlagen in der Tat kurzfristig das billigste Übel. Die in diesem Zusammenhang oft gebrauchte Formel, dass „Windkraft die Energiewende bezahlbar macht“, ist trotzdem falsch, denn sie vernachlässigt die systemischen Kosten.

Sie schreiben:

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien wird für eine gelingende Energiewende im Strombereich ein Mix aus vielen weiteren Instrumenten gebraucht. Dazu gehören vor allem Maßnahmen für mehr Energieeffizienz, die Flexibilisierung der Stromnachfrage, Fortschritte bei den Speichertechnologien und ein funktionierender Emissionshandel.

Richtig ist:

Ein Mix aus intelligenten Instrumenten ist absolut zu begrüßen! Leider versteifen Sie sich auf ein einziges, denkbar unintelligentes Instrument, wenn Sie den Windkraftausbau forcieren.

Ein wirklich intelligentes Instrument zur CO₂-Reduzierung ist das Europäische Emissionshandelssystem. Sie suggerieren, dass dieses nicht funktioniere, bleiben aber den Nachweis schuldig. Ein niedriger Preis für CO₂-Zertifikate ist jedenfalls kein Indiz für eine mangelhafte Funktionalität. Fakt ist jedoch, dass der gegenwärtig niedrige Zertifikatepreis unter anderem dem systemwidrigen, subventionierten Ausbau der Windkraft in Deutschland geschuldet ist. „Das EEG bewirkt keinen Klimaschutz, sondern macht ihn nur deutlich teurer und ineffizient“ resümiert die Bundestags-Expertenkommission.^{ix}

Sehr geehrte Frau Ministerin,

bitte überdenken Sie diese Aussagen und wirken Sie dem Eindruck, dass es sich bei der Webseite um ein steuerfinanziertes Propaganda-Portal der Windkraftlobby handelt, aktiv entgegen.

Neben der inhaltlichen Überarbeitung an den gekennzeichneten Stellen regen wir an, nicht einzig und allein auf die Interessenvertretung der Windkraftindustrie zu verweisen.

Im Sinne von Versachlichung, Objektivität und Pluralismus bitten wir darum, die Seite des gemeinnützigen Informationsportals der für Mensch, Natur und eine vernünftige Energiepolitik eintretenden Bürgerinitiativen gleichberechtigt zu verlinken.

Die Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT. e.V. verzeichnet schließlich deutlich mehr saarländische Mitglieder und ist damit den Bürgern des Saarlandes näher als die bisher von Ihnen mit Informationsmonopol bedachte Branchenlobby.* Die Adresse lautet www.vernunftkraft.de. Ein entsprechendes Logo senden wir gerne per Mail.

In Erwartung Ihrer Antwort und Ihres Handelns verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen,



Dr.-Ing. Detlef Ahlborn



Dr. Oec. Karl-Heinz Glandorf

ⁱ Siehe den Artikel „[Uralt-Reaktor soll deutschen Blackout verhindern](#)“ aus der WELT vom 9. April 2014, der einen Bericht der Bundesnetzagentur zitiert.

ⁱⁱ Der Anteil Deutschlands an den weltweiten CO₂-Emissionen betrug im Jahr 2013 2,3 Prozent und wird laut Projektion des Bundeswirtschaftsministeriums im Jahr 2030 1,6 Prozent betragen. Die im Text genannten Zahlen ergeben sich aus der vereinfachenden, angesichts der Dimensionen zulässigen Annahme, dass das Saarland für 1/16 der deutschen Emissionen verantwortlich ist.

ⁱⁱⁱ Allerdings ist die Hoffnung auf Rendite auch aus dieser einzelwirtschaftlichen Perspektive heraus oftmals unbegründet. Vergleiche dazu die unter <http://www.vernunftkraft.de/buergerbeteiligung-bei-windkraftanlagen/> und <http://www.vernunftkraft.de/verpaechter-haben-das-nachsehen/> eingestellten Ausarbeitungen.

^{iv} Jahresgutachten, 2012/13.

^v Zahlen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, 2013.

^{vi} Vgl. dazu die Ihnen vorliegende Eingabe von Dr. med. Fugger oder auch die Seite des Ärzteforums für Immissionsschutz (www.aefis.de)

^{vii} Die Herleitung dieses Szenarios finden Sie unter www.vernunftkraft.de/dreisatz

^{viii} Ein Netzbetreiber schreibt dazu: „Die Erfahrung der letzten Jahre allerdings hat gezeigt, dass dies [*gemeint ist ein sinkender Bedarf an Netzen durch dezentralen Ausbau von Kraftwerken*] nur in Bezug auf Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zutreffend ist. Was die volatilen Wind- und Photovoltaik (PV)-Anlagen angeht, ist genau das Gegenteil der Fall: Deren Ausbau führt nicht zu weniger, sondern zu gesteigertem Netzbedarf – dies insbesondere durch die teils massive Rückspeisung in die vorgelagerten Netze.“ 50 Hertz, 2014: [Positionspapier zur Netzentgeltsystematik](#), S. 5

^{ix} Vgl. Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation, 2014.

^x Aktuell verweist Ihre Informationsseite ausschließlich auf den Bundesverband Windenergie. Der Eindruck einer Vereinnahmung bzw. einseitigen Parteinahme drängt sich auf. Pluralismus und redaktionelle Unabhängigkeit sehen anders aus.



Kontakt

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,
Energie und Verkehr

Nicola Saccà
Referat D/1 - Klimaschutz, Energiepolitik,
Erneuerbare Energien

Franz-Josef-Röder-Straße 17
66119 Saarbrücken

✉ E-Mail-Kontakt

Windenergie in Zahlen



Wo stehen die meisten Windenergieanlagen weltweit? Welche Bundesländer stehen auf den Spitzenplätzen in Deutschland? Wie groß sind die Marktanteile der Hersteller? Aktuelle Statistiken liefert der Bundesverband WindEnergie.

↗ Direkt zu den Seiten des BWE (extern)